

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Montag, den 25. November 1918.

25. Jahrg.

Der Entscheidungstampf um den Sozialismus.

Die Gegner der Nationalversammlung laufen gegen die gegenwärtige Regierung Sturm. Sie verlangen, daß erst die Sozialisierung voll durchgeführt werde, ehe die konstituierende Nationalversammlung zusammentritt. Das würde bedeuten, daß die sogenannte Diktatur des Proletariats noch jahrelang fortdauert. Die sogenannte Diktatur! Denn in Wahrheit sind die Arbeiter- und Soldatenräte nur ein augenblicklicher Notbehelf, keineswegs ein dauernd brauchbares proletarisches Organ. Sie sind vielfach öffentlich gewählt, die ahlförwper sind sehr ungleich, die Wahlordnungen geben allerlei Willkür, Eigenmächtigkeit und geradezu Betrug Raum. Weite Kreise der proletarischen Bevölkerung, die Frauen, die soeben erst das Wahlrecht erhalten haben, die Kriegsinvaliden werden durch die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte von jeder Teilnahme an der Regierung ausgeschaltet. Aber die Befürworter der dauernden Überantwortung aller politischen Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte wenden ein, daß nur sie den Widerstand der Bourgeoisie gegen die Sozialisierung der Gesellschaft brechen könnten.

Das Berliner Organ des Spartacusbundes, die „Rote Fahne“ führt z. B. in einem Aufsatz gegen die Nationalversammlung aus, die Herren Junker und Kapitalisten würden nur so lange sich ruhig der revolutionären Regierung unterwerfen, als diese das kapitalistische Privateigentum und den Profit unangetastet lasse. Machen sie ernst mit dem Sozialismus, dann werde die Bourgeoisie auf Leben und Tod um ihre Herrschaft ringen, tausend offene und versteckte Widerstände gegen die sozialistischen Maßnahmen aufwürfen. Deshalb müsse man sofort den Bürgerkrieg aufnehmen. Bürgerkrieg sei nur ein anderes Wort für Klassenkampf. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein.“ Soweit Rosa Luxemburg! Wir haben gar keinen Zweifel daran, daß die Bourgeoisie sich wehren wird, wenn wir den Sozialismus durchführen. Es wird einen harten Kampf geben, einen Klassenkampf. Freilich braucht er nicht gleich ein Bürgerkrieg zu sein; denn auch in gelegentlichen Formen spielt sich der Klassenkampf ab, und es ist ein Rückfall in militärisch-polizeiliche Gesinnung, wenn man sich einen Kampf nicht anders als mit Handgranaten und Maschinengewehren vorstellen kann.

Gekämpft muß und soll also werden. Alle bürgerlichen Parteien, wie sie sich nennen, werden den Sozialismus bekämpfen, und der Sozialismus wird ihnen gegenüber seine grundsätzliche Feindschaft gegen den Kapitalismus durchsetzen. Nun ist es ja sehr gut, wenn man kämpft; aber die Hauptsache beim Kampf ist doch, daß man siegt und nicht jämmerlich geschlagen am Ende kapitulieren muß. Deutschland z. B. hat wunderbar gekämpft, aber den Krieg vollständig verloren. Und daß diejenigen, die dem arbeitenden Volke immer vorgelogen haben, dem Proletariat könne es ganz gleich sein, ob wir siegen oder unterliegen, nicht recht behalten haben, das spüren wir am eigenen Leibe und werden es mit jedem neuen Tage bitterer zu fühlen bekommen. Wenn die Sozialisten also mit dem Bürgertum ringen, wollen sie siegen.

Lehnen wir nun den Gedanken der Nationalversammlung ab, so wird der Sozialismus mit vollkommener Sicherheit geschlagen. Ohne Nationalversammlung schließt die Entente keinen Frieden. Alle Nöte und Schwierigkeiten, welche die Zukunft bringen wird — und sie werden nicht klein sein — werden dann vom Volk auf unser Konto geschrieben. Jedermann wird sagen: hättet ihr nur das Volk wählen lassen, wäre die Not längst vorbei. Welche Kreise der Arbeiterschaft, ganz Süddeutschland, fast das gesamte Frontheer sind für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Lassen wir sie nicht wählen, so tragen wir damit einen Konflikt von ungewöhnlicher Schärfe in die Reihen des Proletariats selbst hinein. Wir schwächen damit die Arbeiterklasse, und die Kapitalisten; dann des Sieges gewiß, können sich ins Fäustchen lachen.

Wir dagegen gewählt, so sichern wir den Zusammenhalt eines einigen Deutschlands. Wir haben auch das Vertrauen, daß wir eine sozialistische Mehrheit in die Nationalversammlung bekommen. Diese beschließt dann die Verfassung, die Trennung von Staat und Kirche, den Neuaufbau des ganzen deutschen Staatswesens im Geiste der proletarischen Demokratie. Dann ist das Proletariat einig. Das Bürgertum aber wird zerklüftet; denn im Bürgertum gibt es nicht wenige Demokraten, die anerkennen, daß man sich dem Beschluß einer ordnungsgemäß festgestellten Mehrheit unterwerfen muß. Inzwischen haben wir auch den Frieden geschlossen, können die Lebensmittelverhältnisse bessern, sichern uns vor einem Rückschlag, der nur durch übergroße Not hervorgerufen werden könnte und haben für den Sozialismus freie Bahn.

Nicht darum geht der Streit, ob wir eine kapitalistische oder sozialistische Republik schaffen wollen. — alle Sozialdemokraten wollen die sozialistische Republik. Nur das ist Streitgegenstand, wie wir sie erreichen. Und da ist es für jeden vernünftigen Menschen, der nachdenkt, sonnenklar, daß

ohne Nationalversammlung, bloß gestützt auf die Gewalt, der Sozialismus ganz sicher geschlagen wird, während er mit der Nationalversammlung siegen muß. Denn die Sozialdemokratie hat die Volksabstimmung nicht zu fürchten. Wohl aber fürchten sie manche, die bisher immer laut gepöhl haben, daß das Volk hinter ihnen stehe. Der Kampf gegen die Nationalversammlung ist fürcht vor dem Volksurteil, nicht Begeisterung für den Sozialismus.

Die Gegenrevolutionäre am Werke?

Aus Nachen melden holländische Blätter: Der Oberkommandierende der nach Nachen zurückgekehrten 4. deutschen Armee, Generalleutnant Graj Sigt v. Arnim, hat einen Befehl ausgefertigt, daß alle roten Fahnen von den Dächern verschwinden müssen. Der N. und S.-Rat hat sich geweigert, diesen Befehl zu erfüllen. Ein Offizier aus dem Gefolge des Generals erklärte in einer Rede bei einer großen Versammlung, daß die deutsche Heimat die nicht gescheiterte deutsche Armee verraten habe. Er sehe es als die Aufgabe der bürgerlichen Parteien an, sich mit der heimtückischen Armee, die absolut nicht revolutionär sei, zu vereinigen, die Revolution zu vernichten, die N. und S.-Räte auseinanderzujagen und die Ordnung im alten deutschen Geiste herzustellen. Die vollständigste Desorganisation sei das Kennzeichen aller bisherigen Handlungen der N. und S.-Räte, deren Aufgabe es doch gewesen wäre, gute Beziehungen zwischen den Soldaten und Arbeitern herzustellen, aber nicht politisch tätig zu sein. Verschiedene bürgerliche Vertreter begrüßten die Rede des Offiziers, der später noch erklärte, daß das deutsche Offizierskorps nicht mit Herz und Seele, sondern nur unter dem Druck der zwingenden Umstände sich in den Dienst des N. und S.-Rates gestellt habe. Ein neuer Geist würde in Deutschland erwachen, sobald die deutsche Armee zurückgekehrt sei. Dieser Offizier wurde vom Soldatenrat verhaftet, später aber durch Intervention wieder freigelassen. Auch in anderen Städten der Rheinprovinz sind solche Reden öffentlich und geheim gehalten worden, aber die N. und S.-Räte tun alles Mögliche, um solche Bewegungen zu unterdrücken.

Wir wissen nicht und können leider nicht nachkontrollieren, was an dieser Meldung Wahres ist. Zum mindesten aber mahnt diese Nachricht zur Vorsicht. Arbeiter und Soldaten müssen jederzeit geräpelt und gewappnet sein, um etwaige gegenrevolutionäre Strömungen im Keime zu ersticken. Gleichgültigkeit könnte die Folge der Revolution auf das Stärkste gefährden. Es heißt also, auf alle Fälle auf dem Posten zu sein!

Diesen Gegenrevolutionären gesellen sich von der anderen Seite die deutschen Bolschewisten hinzu. Der „Vorwärts“ schreibt gegenüber der Hege der bolschewistischen „Roten Fahne“ in Berlin gegen den Stadtkommandanten Genossen Wels u. a.:

„Das die republikanischen Behörden im allgemeinen und selbst im besonderen konterrevolutionäre Vorbereitungen treffen, ist eine jechte Lüge, die nur auf ganz Urteilslose Eindruck machen kann. Ganz wie die einjährige Kriegspartei im Sommer 1914 sucht die jetzige Bürgerkriegspartei ihren Anhängern einzureden, der Bürgerkrieg sei unvermeidlich, es handle sich nur noch darum, den Gegnern zuvorzukommen. Sie redet ihren Anhängern ein, sie wolle die Revolution fortführen, denkt aber mit der Revolution an Bürgerkrieg, den Krieg gegen die Arbeiter, Soldaten und Sozialisten, die auf dem Wege der Freiheit zur politischen Neuordnung der Gesellschaft gelangen wollen. Ein Gewaltstreich des Spartacus-Bundes würde nach unserer Überzeugung die entsetzlichsten Folgen für das Volk, ganz besonders aber für die Bevölkerung Groß-Berlins, haben, das dadurch vom Reich obgezeichnet würde. Uns droht völliger Verfall! Die Millionen der Stadt Berlin müssen den paar tausend Anhängern Liebknechts so deutlich wie möglich sagen, daß sie sich keinen Tag von ihnen regieren lassen wollen. Das ist das einzige Mittel, sie zur Besinnung zurückzubringen. Es muß mit aller Energie angewandt werden!“

Am der brunnruhigsten Bevölkerung Berlins das Gefühl der Sicherheit wiederzugeben, sind Sonnabend nachmittags Teile der regierungstreuen Berliner Truppen namentlich Maschinengewehre und Artillerie, mit Musik durch die Straßen der inneren Stadt gezogen.

Der Bolschewismus birgt außer der Gefahr des Bürgerkrieges noch eine weitere große Gefahr in sich, nämlich den Verfall Deutschlands.

Die Volksregierungen in Württemberg, Bayern und Baden, sowie die maßgebenden Stellen im Rheinland erwägen ernstlich den Plan einer

Lösung vom Reich.

wenn die Spartacusgruppe in Berlin die Oberhand gewinnen würde. Träger dieses Gedankens, der von der Sozialdemokratie natürlich energig bekämpft wird, sind die klerikalen Kreise, die von jeher aus Traßlitz dem Brexentum abgeneigt waren. Was ein solcher Abfall der Süddeutschen auch für die Arbeiterklasse bedeuten würde, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben.

Die Rache der Sieger.

Immer mehr stellt sich heraus, daß unsere bisherigen Kriegsgegner ihre Macht mit einer an Brutalität grenzenden Rücksichtslosigkeit ausnutzen. Einige weitere Beispiele mögen das erhärten.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

Im Vertrauen auf die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verfügten Grundzüge eines Rechtsfriedens hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Präsidenten Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, von dem Grundgesetz des Rechts und der Billigkeit und von dem Wunsch einer zukünftigen Vereinigung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und der Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bilden in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie sollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schwergeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeitohn Jahn sprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet worden sein, im Deutschen Reich den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden entschieden klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhält; denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundzüge der Zivilisation und kann den Schluss ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf die Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes!

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat die deutsche Regierung sich wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bisher ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk den Anfang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gehetzten und ermatteten deutschen Truppen durch die Nichterfüllung der unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und dadurch für die Alliierten einen Titel zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges.

Wenn der Friede als ein Rechtsfrieden beschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen der Friedenskonferenz in den rechtsritigen Fragen nicht vorgegriffen werden.

Die deutsche Regierung muß diesen, vom Präsidenten aufgestellten Grundzügen gegenüber festhalten, daß die von der französischen Regierung in Elsass-Lothringen getroffenen Maßnahmen, ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind, als Verletzungen der Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.

Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses, legt die deutsche Regierung scharfsten Protest ein.

Aus der Gesinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Frieden von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann nurübergehend vergewaltigt werden, aber es wird nicht aufhören zu leben und sein Recht zu fordern.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, gez. Solf.

Eine weitere Protestnote ist in Spa überreicht worden:

In der Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission am 21. teilte General Rudant mit, daß Marschall Foch die in einem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Änderungen der Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere also die Verlängerung der Räumungsfristen, abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für die Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an Hand der Karte und unter Angabe von Zahlen ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den festgelegten Fristen eine Armee von über 3 000 000 Mann in Ordnung auf schlechten engen Straßen über die wenigen Rhein-Übergänge zurückzuführen, erklärte General Rudant, daß er derartige Mitteilungen künftig nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unabänderlich. Die Lage sei nun einmal so und nicht anders. Das sei unser schwacher Punkt. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser sein.

General Winterfeldt übergab darauf folgenden Protest:

Die deutsche Heeresgruppe D. meldet: Entgegen den Zusagen zu den Waffenstillstandsbedingungen, nach denen die Truppen unserer Gegner, unserer Truppen derart abgezogen

die Sicherheitszone von 10 Kilometer... gegenüberstehenden Streitkräften stets gewahrt bleibt...

- 1. das 2. Bataillon des Ersatz-Regiments Nr. 2
2. die Baultruppe Divisions-Abteilung 235 und
3. das Hebergabekommando für den Armeenachrichtenspart...

Es wird gebeten, die Freigabe der widerrechtlich festgehaltenen deutschen Truppenteile zu veranlassen...

Die Franzosen an dieser Stelle nicht beirrt waren, die festgestellten Waffenstillstandes zu halten...

Die Franzosen provozieren Konflikte. Wie der 'Vorwärts' mitteilt, hat die Reichsleitung, um die von den Franzosen offenbar angeforderte Wiedereröffnung...

Die Franzosen als 'Bezirger'. General Joch hat in Elsaß-Lothringen sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst.

Arbeiterräte und Reichsregierung. Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Die Revolution schuf ein neues Staatsrecht. Für die erste Ubergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung...

Der Rückmarsch. Unter Truppen fanden am 22. d. Mts. abends in folgender Linie: Ehen, Döllschorn, Köln, Mainz, Elzheim, Gröden...

Zur Herbeiführung des Lohnungswezens. In der am 12. November 1918 veröffentlichten Verordnung...

Zu 1: Alle Entlassungen vollziehen sich im Rahmen der Demobilmachungsbestimmungen. Fehlen den Truppen militärische Arbeitskräfte, so können Zivilarbeiter (möglichst entlassene Mannschaften) zu den Lohnlücken eingestellt werden...

Zu 2: Für stundenweise Heranziehung zum Arbeitsdienst wird eine Stundenzulage von 50 Pfg., für Schwerearbeiter von 60 Pfg. gewährt.

Zu 3: Die Angehörigen einer im Sinne der Ziffer 3 besonders zu bildenden Sicherheitenstruppe erhalten neben der Zulage von 30 Mark monatlich sämtlich eine tägliche Zulage von 5 Mark.

Zu 4: Die Grundlohnung für den Gefreiten und Mann beträgt 30 Mark. Alle übrigen Mannschaften, auch die Gehalt empfangenden, beziehen mobile Löhnung, so lange sie mobil sind, und immobile Löhnung, so lange sie immobil sind.

Eine einheitliche Durchführung dieser Regelung ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Finanzwirtschaft im Reich unerlässlich. Die Reichsregierung. Ebert. Haase.

Die Ernährungslage.

Ohne ausländische Hilfe Zusammenbruch. Nach einer Erklärung des Staatssekretärs Wurm hat man früher die Ernährungslage viel zu günstig eingeschätzt...

Hier wird also von autoritativer Stelle bestätigt, daß die Ernährungslage eine außerordentlich ungünstige ist. Allerdings ist von Regierungsvertretern in bezug auf die von uns Sonnabend wiedergegebenen Parthischen Behauptungen...

Politische Rundschau.

Deutschland. Bevorstehende Amnestie. Der Justizminister erläßt folgende allgemeine Verfügung: Allgemeine Verfügung vom 23. November über die Gewährung von Straffreiheit.

Ein dringende Maßnahme. Berlin, 22. November. (Amlich.) In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieben des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens eingegriffen.

Eine dringende Maßnahme. Berlin, 22. November. (Amlich.) In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieben des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens eingegriffen.

Eine dringende Maßnahme. Berlin, 22. November. (Amlich.) In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieben des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens eingegriffen.

Anzeige an das Reichspostamt. Dagegen ist es unzulässig, die mit der Wahrnehmung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens betrauten Behörden durch unmittelbare Anordnungen in der Arbeit zu hindern oder einzuschränken.

Zur Frage der Friedensangebote. Der Bund Neues Vaterland' erhebt und, folgende Notiz zu verbreiten: 'Der Bund Neues Vaterland' weist die vom Volksfreund verbreitete Behauptung, daß keiner der Feinde Deutschlands jemals im Weltkrieg ein Friedensangebot machte, energisch zurück.

Für die Nationalversammlung. Der Volksbeauftragte Scheidemann hat sich in einer Besprechung mit Pressevertretern dahin ausgesprochen, daß es dringend notwendig sei, die konstituierende Nationalversammlung so schnell als möglich einzuberufen.

Das neue Steuerfluchtgesetz. Das alte Steuerfluchtgesetz kennt nur die subjektive Steuerflucht, die Auswanderung des Steuerpflichtigen. Das neue am 21. d. M. beschlossene Steuerfluchtgesetz wendet sich gegen die objektive Steuerpflicht: gegen die Verbringung von Vermögenswerten ins Ausland.

Für ein einheitliches Deutschland. Auf das Telegramm des hessischen Staatsministers Ulrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt: 'Durch Ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten...

Frankreich. Frankreichs Kriegssopfer. Nach einer Behauptung des Senators Dommer, des Vorsitzenden des Heredankeschusses im Senat betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1800000 Mann.

Rußland. Die Abreise der deutschen Generalkonsuln. Die russische Teleg-Agentur meldet aus Moskau: Am 20. November reisten die ehemaligen deutschen Generalkonsuln von Moskau und Petrograd nach Deutschland ab.

England. Lord Robert Cecil ist angeblich wegen Differenzen in einer Kirchenrennensfrage zurückgetreten. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß er die von den englischen Staatsmännern gegen Deutschland betriebene Politik der Rache nicht mittragen will.

Schulfragen. Schulforderung des Deutschen Lehrervereins. Der Deutsche Lehrerverein fordert: 'Wolle Kopernikus und geistige Auszubildung der gesamten Volksgeneration nach den Grundsätzen der Erziehungswissenschaft.'

Zur Herbeiführung des Lohnungswezens. In der am 12. November 1918 veröffentlichten Verordnung...

Eine dringende Maßnahme. Berlin, 22. November. (Amlich.) In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieben des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens eingegriffen.

Schulfragen. Schulforderung des Deutschen Lehrervereins. Der Deutsche Lehrerverein fordert: 'Wolle Kopernikus und geistige Auszubildung der gesamten Volksgeneration nach den Grundsätzen der Erziehungswissenschaft.'

Bekanntmachung

betr. Entlassungen.

Um den vielfachen Wünschen von Seiten der Mannschaften betr. schnellerer Durchführung der Entlassung gerecht zu werden, wird zur Erweiterung der unter dem 21. cr. erlassenen Entlassungsbestimmungen folgendes angeordnet:

Mannschaften mit Ausnahme derjenigen der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind sofort, spätestens 30. cr. zu entlassen, wenn:

- Arbeitsbescheinigung vorgelegt oder
- schriftlich Verzicht auf jegliche Versorgungsansprüche geleistet wird oder
- Wenn Rentenverfahren besteht,
(Die Beurlaubung bis zur Entlassung ohne Gebühren: Mannschaften der bereits besetzten Gebiete dürfen nur in Zivil fahren).

Allen diesen angeführten Unteroffizieren und Mannschaften ist beim Abgang ein auf erhaltenen Anzug nebst Mantel auszuhandigen, sowie das Entlassungsgeld nebst Waisengebühren in Summa von Mk. 65. — zu zahlen. Falls Mangel an Mänteln vorliegen sollte, kann hierfür als Ersatz je eine Unterjacke oder 1 Decke zur Aushändigung gelangen.

Von Seiten der Kompanien sind an diejenigen Mannschaften der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 u. 1899, die sich ohne Erlaubnis vom Truppenteil entfernt haben, sofort Telegramme zu entlassen mit dem Hinweis sich innerhalb spätestens 8 Tagen bei der Truppe einzufinden, da sonst die Entfernung gerichtlich geahndet wird.

Die Einbehaltung der Jahrgänge 1896 bis 1899 ist vom Kriegsministerium angedeutet worden und kann hiergegen vom Soldatenrat nicht verfochten werden.

Sonitarspersonal ist von dieser Entlassung ausgeschlossen.
Lübeck, den 28. November 1918. (5880)

Der Soldaten- und Arbeiterrat Lübeck.

F. A.: Kethfeldt.

Ämtliche Bekanntmachung.

Alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind bis zum 30. November d. J. aus dem Heeresdienst befreit zu entlassen. Sie erwirken bei der nächsten militärischen Dienststelle ihren Entlassungsschein. Die Entlassungsscheine für die hier anfalligen Urlaube werden vom hiesigen Bezirkskommando ausgestellt. Die gesetzlichen Versorgungs- und Entlassungsansprüche dieser befreit in ihrem Urlaubsort Entlassenen werden später durch die Bezirkskommandos und Meldämter geregelt. Urlauber, die sich vor dem 30. November bei ihrer Erlassformation melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen. Die Urlauber der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 begeben sich zur nächsten Erlassformation, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

Kriegsminister Scheuch. Unterstaatssekretär Göhre.

Der Soldatenrat Lübeck.

5979

Kethfeldt.

Besitzsteuer.

Von dem zweiten Jahresbetrag der Besitzsteuer ist die zweite Hälfte bis zum 15. Dezember d. J. zu entrichten.

Lübeck, den 18. November 1918. (5970)

Das Besitzsteueramt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Dezember 1918: 60 cbm.
Lübeck, 25. November 1918. (5991)

Die Betriebsbehörde.

Obstkernsammlung

nur noch am 29. Nov. und am 6. Dez. von 4—6 Uhr geöffnet. St. Annenstraße 1. (5981)

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins.

Sämtliche Wahlen (Stadt- u. Gemeindevorwahlen usw.) sind bis zur Einberufung der Nationalversammlung hinauszuschieben.

Lübeck, den 22. November 1918. (5987)

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

J. Kethelohn. Peters.
R. Fid.

Achtung Bauarbeiter!

Bezirksverein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 26. November, abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

Der Achtstundentag im Baugewerbe u. die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Es ist unbedingt notwendig, daß alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter erscheinen.

5993

Der Vorstand.

Metropol.

Von Freitag, den 22. bis auf weiteres.

Das Himmelschiff

Zukunftroman aus dem Jahre 2000 in 6 Akten. Hauptrollen:

Gunar Tolmaes und Lilly Jakobsen.

Außerdem über 600.000 Mitwirkende.

Dieser Film wurde über 6 Monate in Berlin in den U. T. Lichtspielen täglich aufgeführt.

Vorführung 4 Uhr, 6,15 Uhr und 8,15 Uhr.

Der große Ausgabekalender wird die Preise der Plätze erhöhen. (5992)

Männer und Frauen Lübecks!

Der Krieg mit seinen Schrecken und seinem Elend ist durch einen Waffenstillstand von unerhört schweren Bedingungen abgelöst.

Zu einer Zeit, wo dunkle Wolken noch am äußeren Horizont drohen, ist unser altes Staatssystem von einer gewaltigen Revolution zerschmettert!

Deutschland ringt, noch ehe ihm der ersehnte Friede beschert ward, um seine Neugestaltung.

Was wir gegenwärtig am nötigsten brauchen, damit aus den gewaltigen Geschehnissen der letzten Wochen eine glückliche Zukunft für unser Vaterland herbergehe, ist

innere Festigung im Rahmen der neuen Verhältnisse.

Niemand, dem die neue Zeit politische Freiheit und Gleichberechtigung verheißt,

darf untätig beiseite stehen.

Es gilt, den Ausbau des neuen Deutschlands im freiheitlich-demokratischen Geiste zu führen, vor allem ihm die unentbehrliche Grundlage gesetzmäßiger Ordnung zu schaffen.

Dazu ist der Zusammenschluß zu machtvollen Parteigegebenen nötig.

Vor wenigen Tagen ist in Berlin die Errichtung der

deutschen demokratischen Partei

erfolgt. Sie wurde von alten Fortschrittlern und Demokraten, die aus dem Lager der Nationalliberalen starken Zustrom fanden, ins Leben gerufen.

Als ihre Grundsätze stellte sie auf:

Rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform und Verteidigung derselben gegen jede Reaktion.

Schnellste Einberufung einer freigewählten Nationalversammlung zur Schaffung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches.

Gewährleistung der politischen Gleichberechtigung unter Ablehnung jeglicher Diktatur einer Minderheit.

Abkehrung einer in sozialem Geiste getragenen Wirtschaftspolitik, die die wirtschaftlichen Kräfte in Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe zur Geltung kommen läßt, vor allem aber die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet. Gerechtes Steuersystem mit progressiver Vermögensabgabe und stärkster Erfassung der Kriegsgewinne. Gesetzliche Garantie der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte bei uneingeschränkter Koalitionsfreiheit.

Stärkung und Vermehrung des bäuerlichen Kleinbesitzes. Sicherung des Anspruches der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Kriegsbeschädigten sowie der Witwen und Waisen. Stärkung der selbständigen Mittelschicht. Freiheit für den Aufstieg der Tüchtigen.

Der Gedanke dieser neuen Parteigründung hat werbende Kraft.

Auch in unserem Lübeck macht sie sich geltend.

Im Kreise der Liberalen Volkspartei Lübeck ist die Parole ausgegeben:

Schließt Euch der deutschen demokratischen Partei an!

Viele Fortschrittler sind ihr bereits beigetreten. Wir rechnen, daß sie

alle ohne Ausnahme

kommen. Wir hoffen aber auch und vertrauen fest, daß unendlich viele, die bisher anderen Organisationen angeschlossen waren oder gleichgültig beiseite standen, das Gebot der Stunde erkennen und in der

deutschen demokratischen Partei

den gegebenen Rahmen für ihre politische Mitarbeit zum Wohle des Volkes erblicken werden.

Wir bitten vor allem auch die Frauen,

deren Gleichberechtigung so mancher politische Streiter aus unserem Kreise von jeher verfochten hat, unsere Reihen zu stärken.

Sie alle rufen wir auf zur Mitarbeit an den großen Aufgaben der Zukunft zur Sicherung der neuen Freiheit zur

Durchführung der Grundzüge der wahren Demokratie!

Der Ausschuß für die deutsche demokratische Partei in Lübeck.

August Pape, Vorsitzender.

Anmeldungen zum Beitritt und Bereiterklärung zur Mitarbeit erbeten an die Geschäftsstelle der deutschen demokratischen Partei in Lübeck, Breite Straße 13, I.
Fernsprecher Nr. 479. (5972)

Gebt uns Eure Haare!

Wichtiger denn je ist das Sammeln und Abliefern ausgekämmter Frauenhaare. Die Industrie soll Arbeit schaffen; sie braucht Treibriemen. Wir vergüten für: 100 g = 7 Gussheime. Wer in der Zeit vom 24. bis 29. Nov. 250 g Haare bringt, erhält außerdem 1/2 Pfund Marmelade oder Honig. Jeder Sammler erhält ein Freilos. Verloren werden Schulläppen, Spielzeug, Lebensmittel.

Kriegsbroschensammlung Lübeck.

Sammelstelle Salzpeicher.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (5973) Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Klebstoffe, Nägel, Sohlen-schoner jeder Art, Holz- u. Lederabsätze, Sand- u. Schmirgelpapier, Appreturen u. Schwärze, Wachs in allen Farben zc. empfiehlt C. Grimm Nachf. Lederhandlung. (5969)

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (5976)

Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.

Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Hinterstraße 7.

